

Gesehen & gehört Die Parlamentarier stellen nicht alle gleichermassen an den Pranger. Und sie nützen die Zeit vor den Sommerferien, um traditionelle Feste zu feiern. *Von Marisa Eggli*

Kantonsräte lassen die Sau raus

Wissen ist Macht. Das weiss man längst – und spätestens seit der US-Serie «Game of Thrones». Darin machen Menschen Geschäfte mit Informationen, die sie sich in den Hinterzimmern zuraunen. Sie leben davon und sterben dafür. Ganz so dramatisch verhält es sich zwar nicht mit den Geheimnissen, die der Kantonsrat oder die kantonalen Ämter hüten. Aber es ist auch hier höchst verpönt, wichtige Informationen vorzeitig auszuplaudern oder das Leck zu sein, das solche an die Medien weitergibt. Das spürte unlängst die Grünen-Fraktionschefin **Esther Guyer**. Sie liess einem TA-Journalisten etwas zu früh eine Stellungnahme ihrer Partei zukommen und kassierte dafür einen Verweis. Zuvor musste sie sich im Ratssaal die Schelte ihrer Parlamentskollegen anhören.

✱

Allerdings werden nicht alle gleich an den Pranger gestellt wie Esther Guyer. Das zeigt das jüngste Beispiel eines Informationslecks. Letzte Woche hielt SVP-Finanzminister **Ernst Stocker** eine Pressekonferenz der wichtigeren Sorte: Er erklärte der Öffentlichkeit, weshalb er für einige Unternehmen bald die Steuern senken wolle und was die Unternehmenssteuerreform III auf den Kanton für einen Einfluss haben werde. Alle Medien sollten die Informationen um dieselbe Zeit erhalten: am Donnerstagnachmittag. Und doch veröffentlichte das Onlineportal der NZZ das Wichtigste bereits am Vormittag. Irgendjemand hatte der Zeitung die



B. Frey-Eigenmann.



E. Guyer.



M. Späth.



I. Bartal.

Informationen verraten. Medien leben von Lecks, das ist klar. Aber dieser Fall zeigt, dass im Parlament nicht für alle dieselben Regeln gelten. Während Guyer scharf kritisiert wurde, zuckten die meisten hier nur die Achseln. **Beatrix Frey-Eigenmann**, FDP-Kantonsrätin und Präsidentin der Finanzkommission, sagt, es sei unschön. Aber machen könne sie hier nichts. «Ich war nicht die Hüterin dieser Information.» Da müsse Regierungsrat Ernst Stocker selbst nachforschen, wer die Infos weitergegeben habe. Die Kantonsräte **Claudio Schmid** (SVP) und **Daniel Hodel** (GLP) sagen Ähnliches. Sie beide waren die treibenden Kräfte hinter Guyers Verweis. Die Stellungnahme, die sie mit einer Sperrfrist frühzeitig verschickt hatte, bezog sich auf eines von Hodels Geschäften: den Prüfungsbericht zum Kauf einer umstrittenen Spionagesoftware.

Guyer selbst nimmt es etwas persönlich, dass sich nun niemand so richtig um das neuste Informationsleck schert. Sie hat letzte Woche die Geschäftsleitung des Kantonsrats darauf aufmerksam gemacht. Darin

sitzen 16 Kantonsrätinnen und Kantonsräte, darunter SP-Fraktionschef **Markus Späth**. Er verspricht, nicht so schnell lockerzulassen und den Vorfall in der Geschäftsleitung nochmals zu thematisieren. «Ich will wissen, ob wir da etwas tun können.» Es gehe auch um eine gewisse Gerechtigkeit für Esther Guyer.

✱

Markus Späth glaubt an Gerechtigkeit, der Grüne **Robert Brunner** an die Kraft der Natur. Das zeigt sich besonders in der Diskussion um den Hochwasserschutz am Aabach in Uster. Die Grünen und die Sozialdemokraten sind erstaunlicherweise dafür, obwohl sich Naturschutzverbände dagegen wehren. Diese befürchten, dass seltene Tiere wie der Eisvogel dort nicht mehr werden brüten können. Brunner – obwohl Grüner – sieht das ganz anders. Er glaubt, dass diese Vögel dort leben werden, Hochwasserschutz-Verbauung hin oder her. Brunner ist sogar überzeugt, dass sich ein neues Tier dort niederlassen wird: die Wasseramsel. Um sie zu fördern, schenkt er dem

zuständigen SVP-Regierungsrat **Markus Kägi** im Ratssaal einen Wasseramsel-Nistkasten mit der Bemerkung: Er komme diesen selbst montieren, falls dem Kanton das Geld dafür fehle. Kägi dankt und verspricht, den Kasten dereinst mit Brunner aufzustellen.

✱

Nebst den gewichtigen Themen wie Informationslecks, Hochwasserschutz und Wasseramseln bleibt den Kantonsräten genügend Zeit, um zu festen und zu feiern. In den Wochen vor den Sommerferien gehen sie auf den Fraktionsausflug, laden zu Grillnachmittagen, feiern Geburtstage, spazieren über das Züri-Fäscht, trinken dort Caipirinha und veranstalten Sommerpartys. Eine davon organisierte SP-Kantonsrätin **Isabel Bartal** – traditionell auf dem Quartierhof Wynegg in der Stadt Zürich. Dort leben Ponys, Hühner, Wollschweine, Hasen. Bartal mag diesen «hübschen, etwas abgelegenen Ort». Sie sitzt auch im Vorstand der Stadtzürcher SP Kreis 7 und 8, weshalb sie das Fest veranstaltet hat. Es muss eine ausgelassene Feier oberhalb des Botanischen Gartens gewesen sein. Auf jeden Fall stand am nächsten Morgen das Tor zu Gehege der Wollschweine offen. Die Tiere plünderten die Kartoffelfelder und gruben die Rosenbeete der Nachbarn um. Bartal lacht dazu, sagt aber, solange sie dort gewesen sei, habe niemand das Tor geöffnet. Man habe ruhig gefeiert, gegessen, getrunken. Sie ging, bevor es zu hageln begann.

Gestern im Kantonsrat

Start-ups weniger hart anfassen

Der Regierungsrat zeigt sich bereit, zur Verbesserung der steuerlichen Situation von Start-ups im Kanton Zürich beizutragen. Er hat ein entsprechendes Postulat von FDP, SVP und CVP entgegengenommen. Seit der Unternehmenssteuerreform II müssen Start-ups bei Kapitalerhöhungen ihre Aktienanteile als Vermögen versteuern, auch wenn sie noch keinen Rappen verdient haben. Als Kompromiss schätzt die Finanzdirektion Start-ups in den ersten drei Betriebsjahren nicht zum Verkehrswert ein – Biotech- und Medizinalfirmen sogar in den ersten fünf Jahren. Doch den Interessenvertretern der Branche geht dies zu wenig weit. Sie fordern den Verzicht auf die Verkehrswerteinschätzung, bis ein Unternehmen ein Geschäftsergebnis vorlegen kann.

Nicht Sparen beim Energiesparen

Mit 130 Stimmen hat der Kantonsrat gestern ein Postulat von GLP, BDP und CVP für dringlich erklärt, das die Streichung der Fördergelder für Energiesparprojekte bei Neubauten und Sanierungen rückgängig machen will. Die Gelder waren im Rahmen des Sparprogramms «Lü 16» gestrichen worden.

Velounterstände bewilligungsfrei

Das Parlament hat eine Behördeninitiative aus Winterthur abgelehnt, die die Bewilligungspflicht bei Gebäuden von 1,5 Meter Höhe und 2 Quadratmeter Grundfläche auf 2,5 Meter Höhe und 6 Quadratmeter Grundfläche anheben wollte. Der Kantonsrat hat das Begehren abgelehnt, obwohl sich alle Parteien für die Erleichterung aussprachen. Der Grund: Die genannten Masse hätten bereits per Verordnung ihren Weg in die Gesetzgebung gefunden.

Hochwasserschutz am Aabach

Mit 166 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen hat der Kantonsrat 3 Millionen Franken für den Ausbau des Aabachs in Uster bewilligt. Auf einer Länge von 580 Metern soll dieser für mehr Hochwassersicherheit abgesenkt und verbreitert werden. Zudem soll der Bach fischgängig gemacht, mit einer strukturreichen Sohle ausgestattet und die Uferböschungen mit Magerwiesen und Hochstauden bepflanzt werden. Weil die Ufervegetation gerodet werden muss, hatten sich Pro Natura und Bird Life Switzerland erfolglos juristisch gegen die Sanierung gewehrt. (lop)



Rund 400 Pilgerinnen und Pilger «für eine Kirche mit den Frauen» kommen auf dem Petersplatz in Rom an. Foto: kath.ch

Der Papst liess sich entschuldigen

Die Pilgergruppe wurde in Rom mit einer Standing Ovation begrüsst. Allerdings nicht vom Heiligen Vater.

Helene Arnet

Der Brief aus dem Vatikan erreichte die Pilgergruppe vor einer Woche. Der Papst wisse um das Projekt «Für eine Kirche mit den Frauen», doch lasse er sich für den Empfang in Rom entschuldigen. Er nehme im Juli keine Termine an. Nicht so schlimm, fand die Priorin Irene Gassmann aus dem Kloster Fahr, welche die letzten paar Etappen von Assisi nach Rom mitpilgerte. Schlimm seien auch nicht die Blasen an ihren Füßen. Denn das Projekt, mit einer Pilgerreise von St. Gallen nach Rom auf das Anliegen auf-

merksam zu machen, war ein voller Erfolg. Über 1000 Personen sind seit dem Start am 2. Mai einzelne oder mehrere Etappen mitgepilgert, acht Frauen und ein Mann haben die gesamte Strecke ab St. Gallen, 1000 Kilometer über Stock und Stein, durch die Po-Ebene und über den Apennin, unter die Füsse genommen. Und über 400 Frauen und Männer zogen schliesslich in einer Prozession auf den Petersplatz.

Die St. Galler Pastoralassistentin und Initiatorin des Projektes, Hildegard Aeppli, sagte nach der Ankunft: «Am Anfang war es nur ein Blitzgedanke, für eine Kirche mit den Frauen nach Rom zu pilgern. Doch war der kein Hirngespinnst. Es ist ein Gedanke Gottes.» Etwas Aufregung gab es, weil ein Nachfragen in jenen römischen Kirchen, in denen die Pilgerinnen haltmachen wollten, nichts von entsprechenden Reservationen wussten.

Doch dann klappte – oh Wunder – doch alles bestens. In Santa Maria de Popolo wurden sie von einer Standing Ovation und Alphornklängen empfangen, in Santa Maria Sopra Minerva bekräftigte der Basler Bischof Felix Gmür seine Unterstützung für das Projekt, und im Petersdom feierten die Pilgerinnen einen Gottesdienst, geleitet vom St. Galler Bischof Markus Büchel. Am Altar angelehnt waren ihre Rucksäcke, in dem die Fahrer Klosterfrauen in St. Gallen die Biten zahlreicher Menschen sammelten. Sie werden dem Papst zugestellt – zusammen mit einem Brief, in dem es unter anderem heisst: «Lieber Papst Franziskus, wir bitten Sie, in den Institutionen des Vatikans und in den gesamt kirchlichen Entscheidungsprozessen dafür zu sorgen, dass künftig Frauen mitwirken, mitgestalten und mitentscheiden können.»

Die Ecke

Der falsche Song

Gestern hat das Polizeidepartement viele interessante Zahlen und Fakten zum Züri-Fäscht publiziert. Man erfuh die Anzahl der erlittenen Verletzungen. Die Anzahl der Stände, die an zwei minderjährige Testkäuferinnen Alkohol ausschenkten. Und dass man wegen einer Drohne hat ausrücken müssen. Dass man in der Region Tiefenbrunnen eine illegale Party (so was gibts noch?) verhindert habe, dass Patienten auf Sanitäter losgingen, dass sich das Verkehrskonzept bewährte, und klar, dass es zu ein paar mehrheitlich harmlosen Raufereien gekommen sei. Ganz viele Infos, die Liebe der Stapo zur Statistik ist offensichtlich. Nicht erwähnt jedoch wurde der Song, der am Züri-Fäscht 2016 am häufigsten zu hören war. Seltsam? Ob die Daten fehlten? Wahrscheinlicher: Die Auswertung ergab, dass es sich um das Stück «Im Huus» der Zürcher Hip-Hop-Crew Radio 200 000 handelt – in dem in der Strophe «Züri-Fäscht, Züri-Fäscht, es git es paar a d Schnurre am Züri-Fäscht» vermeintliche Gewaltverherrlichung betrieben wird, notabene proaktiv. «Verschweigen ist Gold!», entschied darauf das Polizeipräsidium. «Sonst gibts dann nur wieder verbale Haue von der SVP und so.» (thw)

Winterthur will bei der Polizei ausbauen

Das Winterthurer Stadtparlament will beim Stellenbestand der Stadtpolizei nicht sparen: Der Grosse Gemeinderat lehnte es gestern ab, auf die vom Volk beschlossene Stellenaufstockung zu verzichten. Damit muss die Regierung bei der Stadtpolizei 10,5 neue Stellen schaffen. Mit dem Verzicht auf die 10,5 Stellen hätten jährlich 1,35 Millionen Franken weniger ausgegeben werden können.

Mit dem Nein des Parlaments wird es nun nicht zu einer erneuten Volksabstimmung kommen. Der Volksentscheid von 2012 kann also umgesetzt werden. Der Stadtrat muss die Stellenerhöhung – wie in der Polizeiverordnung vorgesehen – vollziehen.

Die SVP hatte 2011 mit einer Initiative eine Aufstockung bei der Polizei um mindestens 30 Stellen gefordert. Dem Stadtrat und dem Grossen Gemeinderat ging dies zu weit, sie schlugen eine Erhöhung um 14 Stellen vor. Das Stimmvolk nahm diesen Gegenvorschlag im November 2012 mit 75 Prozent an. Im Rahmen des Sparprogramms «Balance» kündigte der Stadtrat dann aber an, 110 Stellen in der Verwaltung zu streichen. Auf die noch fehlenden 10,5 Stellen bei der Polizei wollte er verzichten. Dies wäre aber nur möglich gewesen, wenn der entsprechende Artikel in der Polizeiverordnung wieder aufgehoben worden wäre.

Die Bürgerlichen bezeichneten das Vorgehen des Stadtrates als «bedenklich»: Die Stadt habe einen geltenden Volksentscheid. Zudem habe sich die sicherheitspolitische Lage in Winterthur eher noch verschärft. (SDA)

Nachrichten

Wetter

Seeüberquerung um eine Woche verschoben

Zürich – Die 28. Stadtzürcher Seeüberquerung wird um eine Woche, auf Mittwoch, 13. Juli, verschoben. Die Prognosen für Wasser- und Lufttemperaturen seien für morgen nicht ideal, teilt das Zürcher Sportamt mit. Aus Sicherheitsgründen findet die Seeüberquerung nur bei schönem Wetter statt. Das OK entscheidet am kommenden Montag über die Durchführung am 13. Juli. (roc)

Tempokontrolle

Zwei Schnellfahrer angehalten

Rickenbach – Am Sonntagabend hat die Kantonspolizei bei einer Geschwindigkeitskontrolle zwischen Rickenbach und Ellikon zwei Schnellfahrer gestoppt. Ein 19-jähriger Schweizer fuhr mit 136 km/h statt der erlaubten 80 km/h, ein 44-jähriger Schweizer passierte die gleiche Stelle mit 110 km/h. Gegen beide wird ein Strafverfahren eingeleitet. (sch)